

Kinzigtal und mittlerer Schwarzwald in der Presse der DDR

Die Region im Spiegel der Berichterstattung der Tageszeitungen Neues Deutschland, Berliner Zeitung und Neue Zeit 1945–1990

Andreas Morgenstern

„Dieses ist ein tüchtiges Volk und ein bildschönes, ein liebenswertes Land. Mehr als nur ein Schimmer freien Schweizer Geistes liegt darüber. Sie schlagen hier wirklich einige Rekorde.“ So war am 18. Oktober 1947 in der „Neuen Zeit“ aus dem sowjetischen Sektor Berlins über die Menschen rund um den Schwarzwald zu lesen. Ein rundum positives Bild, welches sich so in den Zeitungen von Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) und DDR aber nicht so schnell wieder finden sollte.

Verwundern kann das nicht. Seit nunmehr dreißig Jahren ist Deutschland wiedervereinigt. Grenzen sind Vergangenheit, die Systemkonkurrenz Geschichte. Der Blick über Mauer und Stacheldraht gehörte bis dahin aber zum Grundrepertoire der Medien in Ost wie West. Gerade für die Presse in der DDR stand die Aufgabe, den vor allem per West-Fernsehen und -Radio vermittelten Bildern ein eigenes „Westbild“ gegenüberzustellen. Die zentral gelenkten Medien als „schärfste Waffe der Partei“¹ hatten ein bestimmtes, festgefügtes Bild der Bundesrepublik zu vermitteln, gekennzeichnet von Arbeitslosigkeit, rücksichtslosem Konkurrenzkampf, latenter Kriegsvorbereitung und Verlust menschlicher Werte. Den Medien kam so eine Schlüsselfunktion bei der Selbstlegitimation des ostdeutschen Teilstaats zu.²

Das Leben im Kinzigtal, welches hier aus Sicht ausgewählter DDR-Tageszeitungen nachgezeichnet werden soll, lag nicht direkt im Blickfeld der ostdeutschen Verantwortlichen. Fern der innerdeutschen Grenze waren die Geschehnisse im Südwesten dennoch nicht uninteressant für die Ostmedien. Vor allem die Auswirkung der räumlichen Nähe zu Frankreich, zunächst auch die Darstellung der Lebensverhältnisse im Kinzigtal in der Französischen Besatzungszone riefen Aufmerksamkeit hervor. Änderungen in der Interessenlage konnten diesen Blick beeinflussen, weniger in begrifflicher Form,³ vielmehr in der Darstellung bestimmter Ereignisse. Diese Berichterstattung zeichnet der folgende Beitrag nach. Es entsteht keine lückenlose Dokumentation des Lebens im Kinzigtal 1945–1990, son-

dern, davon abgesetzt, eine Dokumentation, welche Ereignisse im Kinzigital als berichtenswert angesehen wurden und wie sich diese Berichterstattung vollzog.

Das Zeitungswesen der DDR kennzeichnete die ideologische Bindung an die aktuelle politische Linie im SED-Staat. Darüber hinaus existierten die insgesamt zuletzt 37 Tageszeitungen in direkter Trägerschaft der Parteien bzw. Massenorganisationen. Grundlage der folgenden Untersuchung sind drei Tageszeitungen in formal unterschiedlicher Trägerschaft, die die scheinbare Vielfalt der Presse der DDR ausdrücken. Gemeinsam ist den drei Organen die Herkunft Ost-Berlin. Die bedeutendste Zeitung der DDR, das „Neue Deutschland“, war laut Zeitungskopf das „Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.⁴ Seit Gründung der SED 1946 präsentierte das „ND“ zentral die jeweilige Position der Staatspartei. Es erschien in der gesamten DDR. Daneben unterhielt die SED noch Regionalzeitungen für die einzelnen Bezirke. In Ost-Berlin war dies die „Berliner Zeitung“, die zunächst 1945 als Presse der Roten Armee für die ganze Stadt gegründet worden war.⁵ Dritte ausgewählte Zeitung ist die „Neue Zeit“, 1945 als christliche Tageszeitung gegründet, aber noch in den 1940er Jahren zum gleichgeschalteten Zentralorgan der sowjetzonalen CDU deformiert.⁶ Der Zugriff zu diesen drei Zeitungen ist über die Staatsbibliothek Berlin online bis 1990 („Neues Deutschland“), 1993 („Berliner Zeitung“) und 1994 (Einstellung der „Neuen Zeit“) gegeben. Über eine durch umfassende Durchsicht ergänzte Volltextsuche, vor allem wegen der insbesondere in den ersten Jahrgängen gegebenen technischen Unzuverlässigkeit, konnten Meldungen über das Kinzigital, seine Ortschaften, Unternehmen und wichtige Personen zwischen 1945 und 1990 herausgearbeitet werden.

Französische Besatzungszeit

Mit dunklen Farben wurde die französische Besatzungsherrschaft von Beginn an gezeichnet. Das „Neue Deutschland“ gab Ende 1946 zwei Berichte aus „der großen englischen Zeitung ‚The Manchester Guardian‘“⁷ wieder, die am 16. und 17. Oktober dort veröffentlicht worden waren. Die Briten hatten darin kein gutes Haar an den Franzosen gelassen: „Man sollte hier die traditionelle französische Verachtung, wenn nicht sogar Haß gegen die Deutschen erwarten, aber es ist nichts davon zu sehen. (...) Große Zerstörungen sind nur in den Städten zu finden, und auch dort sind sie verhältnismäßig unbedeutend im Vergleich zu den anderen Zonen. Und doch ist eine Reise durch

das Rheinland, den Schwarzwald oder Vorarlberg (in der französischen Zone Oestereichs) ein tief niederdrückendes Erlebnis. Die Lebensmittellage ist hier schlimmer als irgendwo sonst in Deutschland. [...] Die Deutschen sind hier gleichgültiger und apathischer als irgendwo sonst in Deutschland. Das Zusammensein mit ihnen ist wie ein Alpdruck. Ihre Unterwürfigkeit ist fast unglaublich. [...] Es existiert eine Vorzensur, und die Franzosen liefern fertige Artikel, die gedruckt werden müssen.“ All dies mündete im „Guardian“ und sodann auch im „Neuen Deutschland“ im Fazit: „Die Militärs kümmern sich im allgemeinen nicht um die Bemühungen der Zivilverwaltung und unterstützen rechtsgerichtete deutsche Tendenzen. Dadurch erklärt sich der erstaunliche Einfluß ehemaliger Nazis in der französischen Zone.“⁸ Für den Leser mussten bei aller Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in der eigenen sowjetischen Besatzungszone da die schlimmen Verhältnisse im Südwesten Kraft und vor allem Bestätigung für den „demokratischen Neubeginn“ unter dem Ideal der Sozialistischen Einheitspartei geben.

Folgend wurden massive Demokratiedefizite, auch im Kinzigtal, angeprangert. Unter dem Titel „Arbeitereinheit gegen CSV-Diktatur“ beklagte das „Neue Deutschland“, in den Kreisen Freiburg, Lahr und Offenburg seien Mandate unter CSV⁹ und SPD aufgeteilt worden, während die übrigen Parteien ohne Sitz blieben. „Das Verfahren war in den meisten Fällen so, daß eine von der CSV ausgearbeitete Vorschlagsliste für den Kreis Ausschuß vorgelegt und ohne Abstimmung zum Beschluß erhoben wurde.“ Im Kreis Wolfach stemmte sich die Sozialdemokratie aber gegen diese Vereinnahmung. Dort „bot die SPD einem Vertreter der KPD einen ihrer Sitze an. Die Vertreter der CSV setzten jedoch mit Hilfe ihrer Mehrheit durch, daß die KP-Vertreter ausgeschlossen werden“. Ein frühzeitiges Scheitern der lokalen Demokratie im Kinzigtal: „Parteidiktatur statt Zusammenarbeit aller demokratischer Parteien“.¹⁰

Doch sollte sich das Bild der Französischen Zone noch weiter verdüstern. Am 21. Juli 1948 berichtete ein ungenannter Korrespondent aus der „separierten Deutschlandzone“: „Die führende Hand der Besatzungsmacht, die aufbauen sollte, wurde zur zerstörenden Faust.“ Der Opposition würden die „primitivsten demokratischen Grundrechte durch die französische Kontrolle verweigert“, der Parlamentarismus sei eine „Farce“. Hand in Hand mit politischer ginge auch wirtschaftliche Unterdrückung. Der „systematische Abbau der Industrie“ habe die Industrie „tödlich betroffen“. Nun folge die „Überfremdung der noch vorhandenen Wirtschaftskapazität“. Die

„Daumenschrauben des Zwangs“ stelle die deutschen Unternehmer vor die Frage: Demontage oder französische Mehrheitsbeteiligung. Die Menschen sähen nun „dem Hunger ins Auge“.¹¹ Für diese wirtschaftsnationalistische, antifranzösische Anklage verzichtete der Artikel allerdings auf einen konkreten Beispielfall.

Selbst die der Ost-CDU nahestehende „Neue Zeit“, welche sich bisher in der antifranzösischen, antikapitalistischen Berichterstattung im Unterschied zu den beiden SED-Zeitungen zurückgehalten hatte, schlug 1947 in die gleiche Kerbe: „[A]uf allen Bahnhöfen stehen die langen Züge mit Holz via Kehl nach Frankreich, befohlener Export oder Reparationen, man weiß es nicht. Abrechnung ist noch nicht erteilt.“¹² Zu lesen war diese Aussage in dem gleichen Artikel, dem auch das freundliche Eingangszitat entnommen worden war. Die „Berliner Zeitung“ schrieb 1948 gar von einer „planlosen Abholzung des südbadischen Schwarzwaldes“.¹³ Da verwunderte es nicht, dass bei einem Vergleich der zugeteilten Lebensmittelmengen nach Eigenrecherche der „Berliner Zeitung“ nirgendwo so geringe Werte aufgeführt wurden wie für Alpirsbach aus der Französischen Zone. Für zwanzig Tage standen dort Anfang 1948 lediglich 4000 g Brot und 400 g Nahrungsmittel zur Verfügung. Zum Vergleich: Für die teils zerstörten Städte Leipzig, Jena und Schwerin in der Ostzone wurden Mengen von je 7000/500 angegeben.¹⁴

Ende 1948 hatten sich die westlichen und die östliche Besatzungszone/n sichtbar auseinanderentwickelt. In Ost und West zahlten die Menschen mit unterschiedlichem Geld, auf die Einführung der D-Mark hatte der Osten mit der Berlin-Blockade reagiert. West-Berlin war zum Abholzen zahlreicher noch stehender Bäume in den eigenen Sektoren gezwungen – für die Ostpresse eine Vorlage, noch einmal die „Franzosenhiebe“ zu geißeln: „In ungeheurem Ausmaß wird seit Jahren im Westen Deutschlands der Waldbestand geplündert, um den Weg über den Kanal und den Rhein zu nehmen. Der Schwarzwald ist nicht mehr wiederzuerkennen, und selbst die am westlichsten orientierten Mitglieder der bizonalen Länderregierungen sind mit einer derart starken ‚Orientierung‘ des deutschen Waldes nach Westen nicht einverstanden, so gewaltig ist der Schaden.“¹⁵

Neben diese Beschreibung eines erschwerten, wirtschaftlich wie politisch von Unfreiheit geprägten Alltags trat in der Berichterstattung allein ein einzelner Fall von Vergangenheitsaufarbeitung. Die Verbrechen des NS-Regimes hatten auch im Kinzigtal Spuren hinterlassen. Über ihre Aufdeckung war am

1. Oktober 1946 im „Neuen Deutschland“ zu lesen: „In dem Schwarzwaldstädtchen Haslach wurde vor einigen Tagen ein Massengrab geöffnet, in welchem 210 Skelette unbekannter Opfer des Nationalsozialismus aufgefunden wurden. Frauen, Geschwister und Kinder der Ermordeten hatten sich, soweit man die Leichen identifizieren konnte, aus Frankreich zur Beisetzungsfest eingefunden.“ Das „Neue Deutschland“ erwähnte das KZ noch ein zweites Mal im Abdruck einer Meldung der sowjetzonalen Presseagentur ADN vom 29. April 1948: „Die unterirdischen Vulkan-Werke bei Haslach in Südbaden wurden am Mittwoch [28.4.1948; A.M.] gesprengt“.¹⁶

Der Status Kehls

Von besonderer Bedeutung in der antifranzösischen Propaganda war die Statusfrage Kehls. Die Stadt stand bis 1949 unter direkter französischer Verwaltung. In Ost-Berlin war das ein nutzbares Thema. Offiziell unter der Überschrift „Ein Brief aus Baden“ – kein parteiisch wirkender Bericht eines Journalisten, sondern das Erleben der Einheimischen ausdrückend, wurde beklagt: „An Stelle der ausgesiedelten deutschen Einwohner sind bereits 7000 französische Bürger der Stadt Straßburg in Kehl angesiedelt worden. [...] Es ist vielmehr deutlich zu erkennen, daß allein ganz bestimmte kapitalistische Kreise Straßburgs, besonders soweit sie ihre Gelder im Straßburger Hafen angelegt haben, aus Gründen der Konkurrenz nicht daran interessiert sind, daß die Kehler Bevölkerung in ihre Heimatstadt zurückkehrt und der Hafen, wieder in Betrieb genommen wird.“¹⁷ Das Thema war somit gegeben: Nicht das französische Volk, sondern linksrheinische Kapitalisten versuchen ein Stück Deutschlands zugunsten ihres Profits zu kolonialisieren.

Wenn der Westen der Sowjetunion eine besondere Verantwortung für den Verlust der Heimat für Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemals deutschen Ostgebieten zuschrieb,¹⁸ dann sollte die Beschreibung von Kehls Situation dieses Bild zumindest hin zu einer allgemeinen, in Ost wie West existierenden Bedrohung verändern. Entsprechend fragte die „Berliner Zeitung“ am 12. April 1947 nach „Umsiedlung auch im Westen?“. Als Kronzeuge diente Frankreichs Premier Georges Bidault. Neben verschiedenen weiteren Gebietsabtretungen Deutschlands an seine Nachbarn habe er „Grenzberichtigungen am Rhein“ befürwortet. „Er nannte in diesem Zusammenhang den Rheinhafen Kehl, der die natürliche Ergänzung des Straßburger Hafens darstelle.“ Entschiedene Gegner einer solchen Entwicklung seien, wie das „Neue

Deutschland“ am Folgetag nachlegte, „die Kommunistische Partei Südbadens und die Gewerkschaften“. Sie „haben bereits gegen die Annexionsabsichten der Straßburger Großhandelskreise schärfstens protestiert und darauf hingewiesen, daß es bei dem Problem Kehl um die Existenz Tausender Werktätiger geht, deren Verbleiben in Kehl keineswegs vitale Interessen der französischen Nation beeinträchtigt.“¹⁹ Die Linie war klar: Auf der einen Seite standen die französischen Kapitalisten, die deutschen Boden annektieren wollten, und aufgrund ihres Schweigens offenbar auch ihre deutschen Gesinnungsfreunde, auf der anderen Seite engagierten sich die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Gewerkschaften für das nationale deutsche Interesse. Wie schon bei dem diskutierten Kampf gegen eine angeblich drohende CSV-Diktatur galten die Kommunisten als unverzichtbarer Partner eines fortschrittlich-verantwortlichen antikapitalistischen, nationalen und demokratischen Bündnisses. Über diesen Tatbestand dürfe vor Ort aber nicht berichtet oder gar öffentlich diskutiert werden. Der badische Landtag sei stattdessen eine „Taubstummenanstalt“; zur Zukunft Kehls herrsche von deutscher offizieller Seite lediglich beredtes Schweigen. Hier übernahm die „Berliner Zeitung“ am 8. Mai 1947, dem zweiten Jahrestag der Kapitulation, sichtlich mit Freuden die Kritik der damals linksorientierten „Rhein-Neckar-Zeitung“ (Heidelberg). Am Folgetag legte das Berliner Blatt nach, nun unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“: „Nunmehr ist für die restlichen in Kehl verbliebenen Deutschen der offizielle Ausweisungsbefehl erlassen [...] Die Geschichte lehrt hingegen, daß Frankreich schon früher in Verfolg der von Richelieu eingeleiteten Politik der Einmischung und Schwächung gegenüber Deutschland versucht hat, die Stadt als militärischen Brückenkopf diesseits des Rheins für Frankreich zu annektieren. Offenbar spielen gleiche Gründe heute wieder eine Rolle in der französischen Politik. Das Verfahren erinnert peinlich an die Beschlüsse der berüchtigten Reunionskammern aus der Zeit Ludwigs XIV.“²⁰

Auch darüber hinaus zitierte man gern aus westlichen Publikationen, wenn damit die französische Besatzungspolitik angeprangert werden konnte. Aus den „Basler Nachrichten“ hieß es, „der geplante Kanal Basel-Straßburg nimmt dem eigentlichen Flußbett des Rheins mit seiner Breite von 150 m den Hauptwasseranteil. Für den Fluß bedeutet es das Erliegen des Schiffsverkehrs bzw. seine Verlagerung auf französisches Gebiet.“ Was schon allein für den Transportverkehr deutscherseits ein schwerer Schlag bedeutet hätte, sollte u. a. für das Kinzigtal

weiter gehende Folgen mit der folgenden Senkung des Grundwasserspiegels haben.²¹ Eine Hungerkatastrophe galt als ausgemacht. Hatten Kartoffeln bisher schon in der französischen Zone „museumshafte Seltenheit“²², musste sich die Lebensmittelversorgung weiter verschlechtern.²³

1948 standen richtungweisende Entscheidungen für Deutschland an, Rechtsfragen über den Status bestimmter Gebiete, wie Kehl, mussten gelöst werden. Die „Berliner Zeitung“ griff auf, dass Frankreich die nationalsozialistische Entscheidung einer gemeinsamen Leitung der Häfen Straßburg und Kehl als Vorbild für sein weiteres Vorgehen nähme. Harsche Kritik war einer solchen Darstellung gewiss: „Es verdient als historisches Ereignis festgehalten zu werden, daß der Standpunkt des Hitler-Regimes sozusagen richtunggebende Bedeutung für französische Maßnahmen gewinnt. [...] Wenn durch die moderne Wirtschaftsentwicklung eine engere Zusammenfassung der Häfen Straßburg und Kehl geboten erscheint, so besteht heute keine Schwierigkeit, dieses Ergebnis durch entsprechende wirtschaftliche Vereinbarungen zu erreichen. Hier aber handelt es sich um Annektion. [...] Jetzt plädiert ‚Le Monde‘ für die ‚endgültige Wiedervereinigung Kehls‘ (wieso Wiedervereinigung?) mit Straßburg. Im Zusammenhang mit den nicht verstummten Gerüchten über weitere rechtsrheinische französische Annexionspläne ist der Fall Kehl nur ein Schulbeispiel einer faktischen Annektion, die im Gegensatz steht zu den grundsätzlichen Beteuerungen, die in Paris abgegeben werden.“²⁴ Anfang 1949 galt die „Einverleibung“ als Zeichen für den „letzten Stempel der Kolonisierung Westdeutschlands [...] gegen die Bestimmung der Potsdamer Konferenz und mit der Unterstützung jener Deutschen, die Max Reimann²⁵ Quislinge nannte.“²⁶

Schließlich kam es aber doch anders. Als Kehl zurück unter deutsche Verwaltung kommen sollte, kommentierte man im Februar 1949 lakonisch: „Die von den Franzosen ausgeplünderte, ihres Hafens beraubte und zum großen Teil zerstörte Stadt Kehl, soll, wie Francois-Poncet²⁷ kürzlich in Freiburg äußerte, in absehbarer Zeit wieder den deutschen Eigentümern zurückgegeben werden. Allerdings, so betonte der politische Berater General Koenig²⁸, müsse eine Formel gefunden werden, die die alte Konkurrenz zwischen Kehl und Straßburg beseitigt. Er wußte dabei keinen besseren Vorschlag als den, ein internationales Statut für Kehl zu errichten. Das heißt, daß Frankreich niemals auf seine direkte Einflußnahme auf alle Probleme, die mit Kehl zusammenhängen, verzichten wird.“²⁹ Internationale Kooperation galt als Mittel indirekter Fremdbe-

NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

4. Jahrgang / Nr. 17 Berlin, Freitag, 21. Januar 1949 Einzelheft 16 Pf.

Granzkorrekturen

Auf den Beschlüssen liegen die Grundlagen... Auf den Beschlüssen liegen die Grundlagen... Auf den Beschlüssen liegen die Grundlagen...

Triumph sozialistischer Landwirtschaft

Industriepian der UdSSR für 1948 übererfüllt - Produktion um 27 Prozent gegen 1947 gestiegen

Moskau, 20. Jan. (TASS) Die am 1. Januar... Die Produktion der Landwirtschaft... Die Produktion der Landwirtschaft...

Das ist das Ruhrdiktat

Die Ruhr den amerikanischen Monopolisten Streife und Redewort für die Sozialisten

Wilde und Beihilge haben sich die Verteilung... Die Ruhr den amerikanischen Monopolisten... Die Ruhr den amerikanischen Monopolisten...

Kuominchiang-Truppen in vollem Rückzug

Indien und amerikanische Politik im Hintergrund

Moskau, 20. Jan. (TASS) Die Kuominchiang... Die Kuominchiang-Truppen in vollem Rückzug... Die Kuominchiang-Truppen in vollem Rückzug...

Truman's Program des kalten Krieges

Wahrscheinlich im Januar 1949

Washington, 20. Jan. (AP) Präsident Truman... Truman's Program des kalten Krieges... Truman's Program des kalten Krieges...

Der Sieg der Ideen Lenins

Die Geschichte beweist Bismarck ist ein... Die Geschichte beweist Bismarck ist ein...

Moskau, 20. Jan. (TASS) In Bonn... Der Sieg der Ideen Lenins... Der Sieg der Ideen Lenins...

Verstärkte Frontlinie erwartet

Berlin, 20. Jan. (TASS) Mit einer Frontlinie... Verstärkte Frontlinie erwartet... Verstärkte Frontlinie erwartet...

Empfehle in Warendorf

Warendorf, 20. Jan. (TASS) Auf dem... Empfehle in Warendorf... Empfehle in Warendorf...

Ein bulgarischer Gast in Berlin

Berlin, 20. Jan. (TASS) Ein bulgarischer... Ein bulgarischer Gast in Berlin... Ein bulgarischer Gast in Berlin...

Grüßliche Absenzen

Leipzig, 20. Jan. (TASS) Heute... Grüßliche Absenzen... Grüßliche Absenzen...

USA-Gehheimdienst viel weiter verstärkt

New York, 20. Jan. (TASS) Der neue... USA-Gehheimdienst viel weiter verstärkt... USA-Gehheimdienst viel weiter verstärkt...

Lenin-Kundgebung

Es spricht Otto Groswold

Moskau, 20. Jan. (TASS) Am 20. Januar... Lenin-Kundgebung... Lenin-Kundgebung...

Neues Deutschland, 21. Januar 1949 (Staatsbibliothek Berlin)

stimmung. Schließlich kündete die über Jahre geschürte Aufregung über Kehl in einer knappen ADN-Meldung, abgedruckt in der „Berliner Zeitung“ vom 16. Juli 1949: „Die gegenüber Straßburg am Rhein gelegene Stadt Kehl wird, innerhalb weniger Monate‘ zunächst zu einem Drittel in deutsche Verwaltung zurückgegeben werden. Wie aus der Verordnung des französischen Oberkommandierenden, General Pierre Koenig hervorgeht, soll die Rückgabe der restlichen zwei Drittel der Stadt Kehl innerhalb einer Frist ‚von vier Jahren‘ erfolgen.“ Kein

Kommentar zum offensichtlichen Wandel in der Entwicklung. Stattdessen musste die Überschrift, „Gebt mir vier Jahre Zeit“, einerseits an die Langwierigkeit und ggf. auch Umkehrbarkeit der Räumung hinweisen, andererseits erinnerte sie sicherlich auch manchen Leser an die Ankündigungen Hitlers aus den dreißiger Jahren, der mit dieser Formel Gleichschaltung und nationalsozialistische Staats- und Gesellschaftsdurchdringung vorbereitet hatte.³⁰

Die Darstellung Kehls als französischer „Brückenkopf“ endete hier. Allerdings tauchte das Bild mehr als ein Jahrzehnt später im Zuge des Algerienkrieges noch einmal in veränderter Form auf. Hier, im „Hinterland für OAS-Banditen“, könnten Mitglieder der „faschistischen“ Organisation „gefördert von der Duldsamkeit westdeutscher Behörden“ ohne Kontrollen die Grenze überwinden, um dann ihr Unheil weiter begehen zu können.³¹

Das Kinzigtal und die Wiederbewaffnung

Nach der Gründung der Bundesrepublik und verstärkt durch die Eskalation des Kalten Kriegs in Korea rückte die Frage einer Integration in wirtschaftliche, aber auch militärische Strukturen des Westens in den Fokus. Für die DDR war dies „kriegerische Morgenluft“, wie das „Neue Deutschland“ am 24. Oktober 1950 ihre Anklage gegen die „Einbeziehung der westdeutschen Wirtschaft in die Kriegsproduktion der Westmächte“ betitelte. Steuererhöhungen, weitere radikale Rationierungsmaßnahmen, eine Verstärkung der Interventionstruppen prägten „nach dem Muster der Nazis eine ‚Wirtschaftslenkung‘“. Dem stellten sich aber laut ADN-Meldung immer mehr Westdeutsche entgegen. So schloss der Artikel mit der Meldung: „Es sollte endlich dafür Sorge getragen werden, die Not der Opfer des vergangenen Krieges zu lindern, anstatt von neuen Kriegen zu reden und hierzu Vorbereitungen zu treffen, heißt es in einer Erklärung des katholischen Volksbüros Ortenau gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands.“³² Jedoch nicht allein die Gefährdung des Friedens, sondern auch die angesprochenen wirtschaftlichen Auswirkungen erforderten Widerstand. Folgend war ein Jahr später zu lesen: „Die als Folge der Remilitarisierung anhaltende weitere Preissteigerung zwingt zu immer neuen Abwehraktionen. [...] In der Dorotheen-Hütte am Schwarzwald sind die Glasarbeiter in den Streik getreten.“³³ Der Ausstand war erfolgreich. „Mit vollem Erfolg endete am Wochenbeginn der Streik bei der Schwarzwälder Glaswerkstätten-Gesellschaft ‚Dorotheen-Hütte‘. Der

Einzelnummer 10 Pf., Auswärts 15 Pf., Nr. 39, Mittwoch, 16. Februar 1949, Abonnement: monatlich 3,00, halbjährlich 15,00, jährlich 30,00

5. Jahrgang, Die Berliner Zeitung erscheint täglich, ausser an Sonn- und Feiertagen, am Montagmorgen um 6 Uhr, am Dienstagmorgen um 7 Uhr, am Donnerstagmorgen um 7 Uhr, am Freitagmorgen um 7 Uhr, am Samstagmorgen um 7 Uhr

Rebellion der Frauen

Im Frühjahr 1948 setzte die Fabrikarbeiterin Ellen Smith aus Cardiff in England, Mutter von fünf Kindern, ihren Namen einer neuen Initiative, die die sofortige Verbot der Atomombe und die friedliche Verständigung unter den Nationen forderte...

Mit steigender Spannung haben die Kombattanten des Friedens Austausch nach ihren deutschen Schwerten gehalten. Würde das Gewicht ihrer Millionen ebenfalls den Schicksal des Krieges zufallen, oder besinnen sich nun auch die deutschen Frauen auf die verheerende der weiblichen Pflichten...

Kate Zweigelt, diese Schwänken des deutschen Fliegens in die Friedensfront der Welt gerannt in einem riesigen Ausmaß, wenn unsere Väterland werden Vertrauen und weitere Sympathien bei den friedlichen und demokratischen Völkern der Welt gewinnt...

Die Anzahl der deutschen Protestanten nun hätte Frieden erbracht nicht sein können. Während in der Ostzone die Bekehrungsmacht der menschlichen Bräutigam Aktion unüberwindlich befehliger Hindernisse in den Weg legte, während die demokratischen Parteien und Organisationen sich unterstützen, wurde in Westeuropa und den Westzonen die Unterstützung versammelte Bewegung...

Friedlich war mit Churchill Methode einbehalten, die sich nicht ändern, sondern die Welt zum Wohl der Völker, die in ihre Überwindung der Kapitalismus und Entzweiung von Millionen Menschen bedroht...

USA unter Druck der Friedenskräfte

Taktischer Rückzug / Bewusstsein der eigenen Schwäche / Neue Kandidatenpolitik

Washington (ADN/DFP/AP/Re). Die Fraktion derer der Fortschrittspartei eine mäßigen Republikaner hat, obwohl das taktische Verhalten des Senatsausschusses zweifeln die Kriegertruppe nicht ausgesprochen hat...

Marshall bezahlt den Krieg in Indonesien

Hollands Kolonialverwaltung erhält Dollarleistungen / Trotz Mifßachtung des Sicherheitsrats / Valentine rät

Washington (ADN/DFP/AP). Zu einem außerordentlichen Einsatzleistungen die Marshall-Administrationen für Holland, Västana, vor dem USA-Senatsausschuss der Kriegertruppe...

Neue Städte im Kusnez-Becken

15-Jahrplan soll verdreifachen Wohnraum schaffen / Bricht an Stalin

Moskau (SND/ADN/DFP/AP). Eine neue Stadt im Kusnez-Becken ist in der Mitte der Entwicklung in einem neuen Bereich der Sowjetunion...

Deutsche wieder gleichberechtigt

Antifaschistisches Komitee in Kurland gebildet / Eigene Zeitung

Bukarest (ADN). Die Bildung eines antifaschistischen deutschen Komitees ist Montag bekanntgegeben worden. Dem Komitee, das seine Basis in Bukarest hat...

Wegen Spionage ausgewiesen

Moskau (SND). Die USA-Journalistin Anna Scherwin ist in der Sowjetunion als Spionin ausgewiesen...

Aus nach dem letzten nicht die Stimmen der Friedenskräfte in Deutschland, dessen jeder Schwächeren in der Ostzone...

Drehbänke im Serbien

Maschinen (SND/Re). Die vollkommene Fertigung von Drehbänken, die für die Herstellung von Werkzeugen benötigt werden, wird im Mai die Serienproduktion der ersten Drehbänke...

„Unser Beitrag zum Zweijahrbau“

Berlin (SND/Re). Im Rahmen der Aktion „Unser Beitrag zum Zweijahrbau“ sind bei der Hauptverwaltung Materialverteilung der DVEK in den letzten Tagen weitere Maschinen und Materialleistungen eingelangt...

Weißes Kolonialsklaventum

Washington (ADN). Die Freisetzung von 12 Millionen europäischer Arbeiter unter dem Namen des Kolonialsklaventums als Lösung des Arbeitsproblems in der Sowjetunion...

Sun Fo bekam hohen Blutdruck

Konfrontation mit weiter rumen / Fast 200 Millionen betreibt

Bahawalpur (ADN/DFP/AP). Wegen der Konfrontation mit weiter rumen, die Sun Fo bekam hohen Blutdruck...

Skymaster abgestürzt

Berlin (AP). Eine amerikanische Luftfahrzeug-Skymaster stürzte am Dienstag 13 km von Köln ab...

24 Tote bei Bombenanschlag

Paris (ADN). Industriemitarbeiter klammert 24 Tote bei der Bildung des Nationalen Komitees für die Verteidigung der Demokratie...

Israelis Parlament tagte

Jerusalem (ADN). Montag wurde in Jerusalem die 11. Sitzung des israelischen Parlaments eröffnet...

Proletarische Vermögenswerte

London (ADN). Die Besprechungen über die proletarischen Vermögenswerte...

Blutdruck steigt nach Athen

Berlin (SND). General Eisenhower hat seinen Besuch in Athen...

Unternehmer mußte die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter anerkennen und die Kündigung aller Belegschaftsmitglieder zurücknehmen.“³⁴

Mochten die finanziellen Lasten der Wiederbewaffnung die Kinzigtäler schon schwer belasten, für die Gefahr für Leib und Leben durch die Militarisierung galt dies im Besonderen. 1952 startete darüber eine massive mediale Kampagne. Die Region galt als einer der Kampfplätze in einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung, weshalb das militärische Potential von den westlichen Besatzern ausgebaut werde. Neben einer Unterminierung der Straße zwischen Schramberg und Hornberg mit 808 Zentner Sprengstoff „auf USA-Befehl“³⁵ folgte die Anordnung der „französischen Besatzungsmacht“, die Höhenstraßen und Brücken des Schwarzwaldes zu unterminieren und mit Sprengladungen zu versehen. In der Bevölkerung habe sich daraufhin ein Sturm der Entrüstung entladen. Amtliche Stellen und gelenkte Westpresse spielten aber die Ereignisse klein: „Es stellte sich heraus, daß die badischen Behörden, die für die Verwaltung der Schwarzwaldgegenden zuständig sind, nicht mehr wissen, was sie als amtlich und im Auftrage der Franzosen verlauten ließen. Die südwestdeutsche Presse nahm von den militärischen Maßnahmen, besonders von den Sprengvorbereitungen, in einer Weise Notiz, die keinesfalls der erregten Stimmung innerhalb der Bevölkerung gerecht wurde.“³⁶ Der anonyme Freiburger „g.k.-Sonderkorrespondent“ vergaß nicht darauf hinzuweisen, selbst die SS habe 1945 bei ihren Rückmärschen von einer Sprengung der Berge abgesehen. Jedoch zeige sich bereits der wachsende Protest, „wenn man in den badischen Dörfern einen Satz liest, der wie eine Losung an Hauswänden und Latenzäunen immer wieder auftaucht: ‚Wir fordern Schutz vor unseren Beschützern!‘“³⁷ Beispiele für diesen Widerstand blieb die Berichterstattung einmal mehr schuldig.

Von dieser Bürgermeinung ließen sich die bundesdeutschen Regierenden aber offensichtlich nicht abhalten. Düsenjägerflugplätze entstünden so u. a. bei Lahr und alle Rohstoffe flössen in die Rüstung. Das trostlose Ergebnis westlicher Kriegstreiberei: „Arbeitslosigkeit, Not, Elend, wohin man blickt.“³⁸ In einem Brief „aus dem Westen unserer Heimat“ beklagte der anonyme Verfasser einen solchen Flächenbedarf für die militärischen Anlagen, dass „die Gefahr [besteht], daß in Zukunft sogar die Züge der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft nicht mehr die Verbindung mit dem Hanauer Land aufrechterhalten können.“ Für die Redaktion aber kein Grund, nicht doch mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken: „Schwarzwald, Land der Ferien, deine Schönheit wird man besingen, wenn

niemand mehr von den amerikanischen und französischen Okkupanten sprechen wird.“³⁹

Als Symbol des Widerstands gegen Aufrüstung und „Okkupation“ wurde Schiltach herausgestellt. Zunächst war es nur eine Notiz. Mit Stolz titelte die „Berliner Zeitung“ am 11. April 1952: „Schiltach wählte die Aktionseinheit“. ADN vorformulierte dafür, „mit den Stimmen der SPD und der KPD wurde am Sonntag in der Gemeinde Schiltach (Württemberg-Baden) [sic!] der sozialdemokratische Fabrikarbeiter Martin Fritz zum Bürgermeister gewählt. [...] Nur 155 Wähler sprachen sich für den Kandidaten der FDP (Bonner Regierungskoalition), 469 für den Kandidaten der Freien Wählervereinigung aus. Dieser Erfolg (...) ist darauf zurückzuführen, daß beide Parteien gemeinsam den Wahlkampf führten und Martin Fritz als bisher geschäftsführender Bürgermeister entschieden gegen den Einbau von Sprengkammern in die große Verkehrsstraße nach Schramberg (Schwarzwald) aufgetreten war.“ Eine kommunalpolitische Entscheidung zugunsten eines in der örtlichen Bevölkerung tief verankerten und lokalpolitisch seit Jahrzehnten engagierten Mannes wurde als Grundsatzentscheidung gegen die Bonner Politik gedeutet. Zugleich betonte man den Anteil der KPD an diesem Ergebnis, welche in Schiltach aber kaum größere Zustimmung erntete. Wahrscheinlich durfte man von der in Hessen verfassten ADN-Meldung aber kein größeres Ortswissen verlangen, wenn sie Schiltach sogar fälschlich dem Land Württemberg-Baden zuordnete, nicht Baden, noch nicht einmal dem nahen Württemberg-Hohenzollern.

Zum Symbol für den Kampf gegen die Aufrüstung wurde Schiltach wenige Monate später. Am 7. September 1952 titelte das „Neue Deutschland“ reißerisch „Sie wollen Deutschland vernichten – hier die Beweise“. Unterfüttert mit Fotos der Sprenganlagen an verschiedenen Brücken (darunter die Anlagen der fälschlich als „Schwarzwaldbahn“ betitelten Kinzigtalstrecke) beklagten die Autoren, „aus dem idyllisch gelegenen Schwarzwaldstädtchen“ dringe weithin der Alarmruf in die Welt: „Fremde Interventen gehen daran, eine deutsche Kleinstadt für die völlig Zerstörung vorzubereiten!“ – eine Folge des von Adenauer unterzeichneten „Generalkriegsvertrags“. Die öffentliche Empörung habe selbst die „Münchener Illustrierte“ zu einem Bericht gezwungen. Das Besondere an dieser Situation: „Das deutsche Volk muß die Kosten seiner Selbstvernichtung selbst tragen. Wie die ‚Münchener Illustrierte‘ in ihrem Bericht unumwunden zugibt“, müssten die Bürger von Schiltach „die Sprengvorbereitungen mitfinanzieren, denn sie gehen auf Besatzungskosten. Darum wurden also die Besat-

„Neuen Deutschland“, 2000 Teilnehmer eines Radsportfestes hätten Bürgermeister Müllers⁴¹ Protest gegen den Generalvertrag unterstützt. Einen der sehr seltenen Fälle einer Namensnennung im Kampf gegen die Wiederbewaffnung im Westen lieferte ein Helmut Skop, allerdings erst 18 Monate nach den Rötener Zeilen. Der Haslacher unterstützte den nach Ost-Berlin einberufenen II. Deutschen Nationalkongress: „Möge der Nationalkongress der Welt zeigen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Spaltungs- und Kriegspolitik des Bundeskanzlers Adenauer auf das entschiedenste ablehnt. Wir hassen und verabscheuen den Krieg, der so namenloses Elend über die Menschheit bringt. Wir fordern Verhandlungen, Ächtung der Atomwaffen, Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, Abzug der Besatzungstruppen, Frieden und Demokratie.“⁴² Es gab sie auch hier, die aus der ganzen Bundesrepublik willkommenen Stimmen gegen die Wiederbewaffnung, aber schon ihre geringe Frequenz deutet an, dass sie nicht den erhofften Druck gegen die Bonner Regierenden aufbauen konnten. Alternativ musste man sich schon auf allgemeine Äußerungen beschränken, wie beispielsweise Erwin Schoettles Mahnung bei einer SPD-Kreisversammlung in Wolfach, der 1955 zugunsten der Wiedervereinigung auch die Prüfung der Noten und Erklärungen der Sowjetunion forderte.⁴³

1956 beschrieb das „Neue Deutschland“ (ohne Hinweis auf die Quelle der Meldung aus der „New York Herald Tribune“), wie „erregte Proteste und drohende Haltung“ der Bevölkerung von Alpirsbach am 18. September 1956 „Beauftragte des Bonner Kriegsministeriums“ gezwungen hätten, eine „Werbeveranstaltung für die Bonner NATO-Armee“ abzubrechen. Ähnliches galt für Loßburg, wo, so die „Berliner Zeitung“ ergänzend und diesmal unter Erwähnung der US-Quelle, Jugendliche die Leinwand mit Feuerwehrspritzen unter Wasser setzten, um die Aufführung eines Werbefilms zu verhindern.⁴⁴ Derlei scharfe Auseinandersetzungen erschienen durchaus verständlich. Gezeichnet wurde das Bild einer weitreichenden Radikalisierung in der Bundesrepublik. So erfuhr man 1957: Adenauers Familienminister Franz-Josef Würmeling „säte auf [einer] CDU-Wahlversammlungen in Hausach und Zell (Südbaden) Haß gegen die SPD, indem er wortgetreu die Drohungen seines Führers [Adenauer; sic!] nachsprach.“⁴⁵

Der Weg in einen neuen Faschismus schien geebnet. Auch hierfür lieferte man Beispiele aus der Region, ohne mit Polemik zu sparen: „Ein großes Aufgebot von Polizisten SA-Schröders⁴⁶ überfiel in Gengenbach die Streikposten vor der Firma Pfähler & Co. Der schwere Zwischenfall wurde durch eine Provoka-

tion von Streikbrechern ausgelöst, die vom Fabrikgebäude her die als Wache postierten Streikenden mit Glasstücken und anderen Gegenständen bewarfen. Die Streikenden wehrten sich gegen diesen plötzlichen Überfall. Bei den Auseinandersetzungen gingen 25 Fensterscheiben des Fabrikgebäudes in Trümmer. Das große Polizeiaufgebot, das von dem Unternehmer herbeigerufen worden war, ging nicht gegen die Provokateure, sondern gegen die überfallenen Streikenden vor.⁴⁷ Auch im Kinzigtal hatte offenbar die Wiederaufrüstung, gegen die Bevölkerung beschlossen und zugleich diese in existentielle Gefahr bringend, den Pfad zu einer faschistischen Entrechtung der Gesellschaft geebnet.

Kapitalistisches Wirtschaftssystem

Das Kinzigtal war nicht der wichtigste Ort der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Mensch. Dieser war nach marxistischer Lehre eher in den Großstädten, vor allem im hochindustrialisierten Ruhrgebiet zu finden. Dennoch finden sich auch vereinzelte Meldungen mit Bezug zum Kinzigtal. Für den Blick auf die Region war die Bedeutung als Urlaubsregion von Relevanz. So musste sich das westliche Konsumversprechen nicht zuletzt im Luxus einer Urlaubsreise erfüllen. Die Möglichkeiten hierfür waren aber in der dargestellten Realität sehr beschränkt. So verwundert es nicht, dass die „Berliner Zeitung“ pünktlich zum Sommer 1956 fragte: „Wer kann das bezahlen?“ Gemeint waren Angebote, wie ein „15tägiger Aufenthalt in Haslach im Schwarzwald, der u. a. von dem Westberliner Reisebüro Deutsche Land- und Seereisen Severin & Co. vermittelt wird, soll für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren 246 WM [West-Mark; A.M.] kosten“.⁴⁸ Die „Neue Zeit“ legte dann kurz darauf nach: „Trotz Befürwortung des Arztes kann nicht jedes erholungsbedürftige Kind verschickt werden“.⁴⁹ Notwendige Erholung stand nur denjenigen zu, die das auch bezahlen konnten. Jedoch fanden sich in beiden Artikeln keine weiteren Einzelheiten über das Angebot, auch erfuhr der interessierte Leser nicht die Höhe der durchschnittlichen Gehälter der arbeitenden Eltern. Passend dazu die folgende Meldung: „Der Kreistag des badischen Kreises Wolfach hat die Schuldenlast seiner 30 Gemeinden mit insgesamt 11 Millionen D-Mark angegeben.“⁵⁰ Die wirtschaftliche Realität blieb auffallend unausgeleuchtet. Derlei Artikel über das Leben in der Bundesrepublik hatten zu zeigen, dass der versprochene Wohlstand allein einer schmalen Gruppe von Kapitalisten zufalle.

Noch ein Beispiel für die Illustration des Kapitalismus, auch im Kinzigtal, zu lesen unter der Überschrift „So werden Konkurrenten aus dem Wege geräumt“ aus Kehl: „Daß die Kinderbuchvorstellungen vom ‚freien Spiel der Kräfte‘ in einer ‚freien Wirtschaft‘ nichts mit den westdeutschen Realitäten gemein haben, mußte jetzt auch der Herr Korf aus Kehl im Badener Land erfahren.“ Was war geschehen? In Konkurrenz zu den großen Stahlherstellern an Rhein und Ruhr gründete Willy Korf 1968 selbst ein Stahlwerk und stellte sich damit gegen die geballte Marktmacht der bisherigen Monopolisten, die sich – später letztlich erfolglos – gegen den neuen Wettbewerber wendeten.⁵¹ Dazu der Kommentar in der Ostpresse: „Grotesk? Das ist nur die innere Logik der Konzernherrschaft. Wer sich nicht ihrer Macht fügt, wird skrupellos mit Vernichtung seiner Existenz bedroht, der eine per Haftbefehl und Ermittlungsverfahren, der andere per Boykott und auf Ruin berechnetem Preiskampf. Wie sich Herr Korf in diesem Krieg auf Leben und Tod entscheiden wird, wissen wir noch nicht. Bei Strafe seines Untergangs wird er klein begeben müssen und seine Niederlage höchstens per verschärftem Rationalisierungsdruck auf seine Arbeiter auszugleichen suchen.“⁵² Korf sollte nicht kleinbegeben und baute ein erfolgreiches Unternehmen auf.

Kinzigtaler Personen und einzelne Begebenheiten

Aber auch jenseits der Blockkonfrontation schafften es Schwarzwald und Kinzigtal hin und wieder in die Presse der DDR. 1950 drehte die DEFA (Nachfolgerin der UFA in Potsdam-Babelsberg) ihren ersten Farbfilm – „Das kalte Herz“ nach Wilhelm Hauff. Die „Neue Zeit“ war voll des Lobes und zitierte den Regisseur Paul Verhoeven: „Es ist ein echtes deutsches Märchen voll Ernst und Innerlichkeit [...] Ein besonderer Zauber geht von ihm aus, es hält uns eine ganze Predigt, der wir uns gläubig wie Kinder hingeben sollten. Ein Stoff, der ohne dramatische Höhepunkte breit dahinfließt.“⁵³ Die Distanz zum kapitalistischen System in dem romantischen Märchen ließ es zu einem bevorzugten Sujet werden.

Auch Heinrich Hansjakob fand Erwähnung. Unter dem kulturhistorischen Titel „Aus unserm Schatzkästlein“ zitierte ihn die „Neue Zeit“ 1953: „Das Glück der Menschen ruht in der Zufriedenheit, und diese ist eine Tochter der Einfachheit, der Sparsamkeit und der Selbstverleugnung.“⁵⁴ Hansjakobs Herkunft wurde an dieser Stelle nicht thematisiert. Noch zweimal fand er Eingang in die Zeitungen, wenn auch jeweils nur am Rande. In einer Laudatio auf den früheren, aus Freiburg stam-

menden Reichskanzler Joseph Wirth (als Träger des Lenin-Preises genannt, tatsächlich hatte er 1955 noch den Vorgänger Stalin-Preis erhalten) war 1979 zu lesen, Wirth hätte „schon bald nach der Novemberrevolution [1918; A.M.] zu erkennen gegeben, daß er aus den etwa von dem Volksschriftsteller Heinrich Hansjakob repräsentierten demokratischen Traditionen des badischen Katholizismus herausgewachsen war. Sich nicht bereit zeigte, eine Politik der sozialen Restauration und des Chauvinismus zu unterstützen.“⁵⁵ Stellten die Zeilen Hansjakob nicht wirklich ein positives Zeugnis aus, so schrieb Franz Hammer 1980 immerhin vom dem „verkannten Schwarzwälder demokratischer Gesinnung Heinrich Hansjakob“.⁵⁶

Eine einzelne Erwähnung findet sich auch für den bekannten Schwarzwaldkünstler Wilhelm Hasemann. Dem Meister der Gutacher Künstlerkolonie wurde 1988 eine Schrift der vom Kulturbund in Bad Liebenwerda herausgegebenen Schriftenreihe zur Heimatgeschichte gewidmet. Jenseits der Lebensdaten, geboren 1850 in Mühlberg (Elbe) und „vor 75 Jahren im Schwarzwald gestorben“, war darüber zu erfahren, das „Heft veröffentlicht, mehrere Reproduktionen seiner Werke. Darunter die in seiner Heimat entstandenen Werke ‚Domäne Borschütz‘ (1869) oder ‚Verunglückte Schlittenpartie‘ (1866). In Mühlberg wird eine Sonderausstellung mit Werken des Künstlers Wilhelm Hasemann vorbereitet.“⁵⁷

Ausführlicheren Platz als die beiden Künstler nahm der Historiker Ernst Engelberg ein. Der gebürtige Haslacher war einer der bedeutendsten Historiker der DDR. 1909 wurde er in ein den demokratischen Gedanken und der Arbeiterbewegung nahestehendes Elternhaus hineingeboren. Wie es in einer zeitgenössischen Laudatio weiterhin hieß, verurteilte ein „faschistisches Gericht“ den Kommunisten zu eineinhalb Jahren Zuchthaus. Im späteren Exil reihte er sich ein „in die Front der Antifaschisten“. „Ein Wegbereiter unserer Geschichtswissenschaft“.⁵⁸ Verbunden wird mit seinem Namen vor allem die zweibändige, noch heute in vielen Bereichen aktuelle Bismarck-Biographie, erschienen zeitgleich in beiden deutschen Staaten 1985 und 1990. Auch dank seiner herausgehobenen Funktion, u. a. Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig und 1958–1965 Vorsitzender des DDR-Historikerverbands, vertrat er Thesen zu Erinnerungskultur wie Politik in Bundesrepublik und DDR. Im Allgemeinen entsprachen diese der Politik der SED. Hin und wieder lohnte es sich aber, „zwischen den Zeilen“ zu lesen. So monierte er am 10. November 1955 in seiner kritischen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Schillerehrungen von 1859 in

Berlin: „Durch Johlen, Pfeifen, passiven und aktiven Widerstand gegen die Anordnungen der Polizisten machte das werktätige Volk Berlins seinem Groll Luft. Die erhitzte Phantasie der geängstigten und blamierten Polizisten schlug sich dann in ihren Berichten nieder, die von Exzessen sprachen. In Wahrheit waren es Demonstrationen gegen Polizeiwillkür und Beamtenabsolutismus.“⁵⁹ Zweieinhalb Jahre nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste vom 17. Juni 1953 mussten manchem Leser die Parallelen auffallen.

Jenseits solcher wissenschaftlich bzw. kulturell aktiver Personen fanden noch einige weitere Kinzigtäler(-gruppen) Eingang. Zunächst zwei positiv konnotierte Beispiele: „Ludwig Denz aus Offenburg unterrichtete in einem Schreiben Willi Stoph⁶⁰ von der Tatsache, daß aus Mittelbaden (Kreise Offenburg, Kehl, Lahr und Wolfach) Briefe und Listen mit 166 Unterschriften, in denen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gefordert wird, an Bundeskanzler Brandt übergeben wurden.“⁶¹ Auch in der Region gab es also Befürworter der erstrebten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR – Gegner des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik scheinbar allerorten.

Zweites Beispiel, ebenfalls aus den 1970er Jahren: „Zur Solidarität mit dem von Berufsverbot betroffenen Lehrer Rainer Hurst hat der Ortenauer Arbeitskreis gegen Berufsverbote aufgefordert. Dem 25jährigen Pädagogen wird wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP die Einstellung als Grund- und Hauptschullehrer verweigert.“⁶² Widerstand gegen das bürgerlich-kapitalistische System, auch im ländlichen Raum.

Erwähnung finden muss noch ein Fall von gewaltsamem Protest gegen die Grenzabsperungen in Berlin, von der Ostpresse besonders skandalisiert. Unter dem Titel „Organisatoren der Attentate gegen DDR-Staatsgrenze saßen in Baden“ vermeldete das „Neue Deutschland“ 1963: „Auf Grund der Unruhe in der Westberliner Bevölkerung über die Sprengstoffanschläge faschistischer Banditen gegen den antifaschistischen Schutzwall sah man sich in Westdeutschland genötigt, vier Attentäter zu verhaften. Es handelt sich dabei um Personen aus Haslach in Baden-Württemberg.“⁶³ Zwei Monate später erfuhr der Leser Einzelheiten des Anschlags, eingeleitet von der Beschreibung West-Berlins im Stile eines Spionageromans: „Vorn die abendländische Lichterstadt, das ölige Reklamelächeln im zurechtgemachten Feinleutegesicht, aber dahinter das Regime der kalten Krieger, der Bombenwerfer und ihrer Besatzerbeschützer.“⁶⁴ Die Haslacher waren verwickelt in Aktionen, „geplant und koordiniert vom Bundeskanzleramt in Bonn“. „Daraufhin kamen [die] Terroristen nach Westberlin, wo sie am 2. und 16. Dezem-

ber 1962 in Berlin-Neukölln und in Berlin-Kreuzberg zwei Sprengstoffanschläge verübten. Die aus Haslach in Baden-Württemberg stammenden Terroristen hatten 25 kg hochbrisanten Sprengstoff Ammon-Gelit in Koffern verpackt auf dem Luftwege nach Westberlin transportiert. Bei den Sprengstoffanschlägen wurden schwere Beschädigungen an Wohnungen und Geschäften in Westberlin verursacht.⁶⁵ Der Hamburger „Spiegel“ schrieb dagegen übrigens nur von „zwei bescheidenen Löchern in die Ulbricht-Mauer“.⁶⁶ Verurteilt wurden die „Provokateure“ 1964 zu „Bagatelstrafen“: „Dietrich Schneider aus Haslach im Schwarzwald, der den Sprengstoff unter Mißbrauch der Luftwege über der DDR im Flugzeug aus Westdeutschland nach Westberlin geschafft hatte“, wurde zu sechs Monaten Haft verurteilt. „Fünfmonatige Gefängnisstrafen erhielten Else Schneider und Hans Litschgi, beide aus Haslach.“ Alle Verurteilten erhielten Bewährung – eine angesichts der Gefährlichkeit ihrer Handlungen zu geringfügige Strafe, so die Presse monierend.⁶⁷

Friedliche Revolution und Zusammenfassung

Es überrascht kaum, dass das Kinzigtal in der Berichterstattung während der revolutionären Veränderungen in der DDR nicht im Mittelpunkt stehen konnte. Völlig außen vor blieb es aber nicht. Nach dem Mauerfall schwollen die Flüchtlingszahlen an. Die DDR drohte mit den zahlreichen Aussiedlern vor allem seine junge, gut ausgebildete Bevölkerung an den Westen zu verlieren. Da kam es manchem Redakteur gelegen, konnte er über eine „täglich schwindende Aufnahmebereitschaft“ in der Bundesrepublik berichten. So beschrieb die „Berliner Zeitung“ am 4. Januar 1990 wachsenden Protest „gegen den Zuzug von Überläufern“ – die Begrifflichkeit deutet schon an, wessen Geistes hier der Redakteur war: „Als etwa in einem Feriendorf im baden-württembergischen Loßburg 100 Flüchtlinge einquartiert werden sollten, protestierten die Hausbesitzer: Ostler hätten in der ‚schönsten Perle aus der Schwarzwaldschatulle‘ (Tourismusprospekt) nichts zu suchen. Erboste Eigentümer drohten dem Regierungspräsidium gar mit Schadensersatzklagen wegen Wertminderung ihrer Wohnungen.“ Hier wurde Ausreisewilligen die Botschaft vermittelt, sie seien im Westen nicht willkommen und gälten dort bestenfalls als Menschen zweiter Klasse.

Noch bestanden zwei deutsche Staaten und zumindest nach den beiden (früheren) SED-Zeitungen „Neues Deutschland“ und „Berliner Zeitung“⁶⁸ auch noch zwei Völker. DDR-Eigen-

staatlichkeit und ein schwerer Neustart für Ausreisende wurden betont. So musste wiederholt das Klischee der den Westen nur aus der ZDF-Serie „Schwarzwaldklinik“ und dem Staatsbürgerkundeunterricht kennenden DDR-Bürger herhalten, die dann schwer enttäuscht würden.⁶⁹ Vielleicht bezeichnend, dass das „Neue Deutschland“ nun selbst eine einseitige mediale Ost-West-Darstellung anprangerte, die man selbst über Jahrzehnte gepflegt hatte.

Ein letzter, ganz anders gearteter Artikel zum Abschluss. Er erschien am Samstag, 5. Oktober 1990 – Deutschland war seit zwei Tagen wiedervereinigt – in der inzwischen zur FAZ-Gruppe gehörenden „Neuen Zeit“. Rudolf Gerhardt, ein wohl auch für die FAZ tätiger Bühler Publizist, berichtete voller Romantik über die Region. Schon der Titel „Über den Reben liegt Glockengeläut“ lud geradezu zu einer Wanderung auf dem beschriebenen Ortenauer Weinpfad ein: „Die Ortenau, eine von Klima und Natur verwöhnte Landschaft im deutschen Südwesten, ist ein Eldorado für Weinkenner und Wanderfreunde. Rebhänge und Obstbäume, Schwarzwaldberge und das Oberrheintal bilden eine Kulisse, aus der die beschaulichen badi-schen Weinorte mit ihrem reichen Fachwerk und den blumenbeladenen Balkonen als bunte Tupfen herausragen. Und von den Höhen reicht der Blick hinüber ins benachbarte Elsaß. (...) ‚Nicht zu sehr‘: Diesen maßvollen Satz der alten Griechen könnte sich der ganze Landstrich zu Herzen genommen haben. Hier sind die Berge nicht zu hoch und die Täler nicht zu tief, die Flüschen nicht zu schnell und die Dörfer nicht zu groß“. Hier ist zu fragen, ob der vorgeblich redaktionelle Beitrag nicht eher kaum versteckte Tourismuswerbung bot.

Das liebevolle Zitat spannt den Bogen zu dem Lob über die Schwarzwälder und ihr Land am Anfang des Artikels. Doch waren beide für die 45-jährige Berichterstattung untypisch. Aber was erfuhren die Leser der drei ausgewählten DDR-Tageszeitungen nun tatsächlich über das Kinzigtal und das Leben hier? Man könnte das Ergebnis beinahe mit einem Wort zusammenfassen: Nichts. Berichterstattung „über Land und Leute“ findet sich bis 1990 im Prinzip nicht. Die verschiedenen Meldungen, insbesondere in der Frühzeit über die französische Besatzungspolitik und später auch über den Kampf um die Wiederbewaffnung beschränkten sich auf standardisierte Darstellungen, wie sie über praktisch jede andere Region Westdeutschlands auch zu lesen waren. Ortsspezifika fehlten, Beispiele für allgemein beschriebene Missstände lieferten die Zeitungen kaum einmal. Für die DDR-Presse hatte die Berichterstattung über den Westen funktionale Bedeutung. Fäulnis

der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse war darzustellen, um die Verhältnisse im Sozialismus dagegen erstrahlen zu lassen.

Von Interesse ist aber dennoch, dass selbst eine als konservativ geprägt geltende Region, man denke nur an die dauerhafte Zustimmung zur in der DDR besonders kritisch betrachteten bundesdeutschen CDU, medial präsentablen Widerspruch hervorbrachte. Wenn selbst hier auf dem Land Opposition zu vermelden war, dann erschien die Bundesrepublik insgesamt längst nicht so stabil, wie sie es bei einer realistischen Einschätzung tatsächlich war. Auffällig ist aber auch, dass die Berichterstattung über die Jahrzehnte abnahm. Spätestens nach der Preisgabe der Einheit der Nation (ausgedrückt in der DDR-Verfassung von 1974) war das Kinzigtal nur noch eine ferne Region im Ausland.

Letztlich ist zu konstatieren, dass die Region in den DDR-Medien nur am Rand eine Rolle spielte. Sie war wie jeder andere Ort im Kapitalismus geeignet zur Darstellung scheinbarer oder tatsächlicher Widersprüche, sie war aber kein offensichtlicher „Kampfplatz“.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002.
- 2 Vgl. auch Fiedler, Anke/Meyen, Michael (Hrsg.): Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument, Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen, Berlin 2011: Ein „Insiderbericht“ einer früheren Redakteurin ist zu finden in Oshlies, Renate: Schöne neue Zeit: Erfahrungen in einer Blockparteizeitung. In: Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig 03/2010, S. 26f.
- 3 Vgl. dazu u. a. Morgenstern, Andreas: „Mitteldeutschland“: ein Kampfausdruck? Der Begriffswandel in der DDR-Tageszeitung Neue Zeit. In: Deutschlandarchiv, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 25.5.2018 (<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/269713/mitteldeutschland-ein-kampfausdruck>, Zugriff: 7.10.2019).
- 4 Zunächst erschien das „Neue Deutschland“ noch als „Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, das Zentralkomitee als formales Führungsgremium folgte 1950 dem bisherigen Parteivorstand der SED. Vgl. u. a. Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei, Bonn 2009, insb. S. 37–46, 72–79.
- 5 Aufgrund des besonderen rechtlichen Status Berlins als Vier-Sektoren-Stadt fungierte Ost-Berlin formal nicht als Land bzw. ab 1952 als 15. Bezirk der DDR, weshalb die „Berliner Zeitung“ auch direkt vom SED-Zentralkomitee herausgegeben wurde, aber analog den anderen SED-Regionalzeitungen praktisch als Bezirkszeitung für die DDR-Hauptstadt fungierte. Mit ihrer Erstausgabe am 21. Mai 1945 gehört die „Berliner Zeitung“ zu den frühesten Zeitungsgründungen nach Kriegsende. Die verbreitete Annahme, sie sei die überhaupt erste Neugründung nach Kriegsende gewesen, muss hingegen relativiert werden, da mit den „Aachener Nachrichten“ bereits vor dem 8. Mai 1945 im besetzten Gebiet die erste neue Zeitung entstanden war.

- 6 Impekoven, Holger: „Gewinnt alle christlichen Bürger zur Mitarbeit!“. Die CDU-Presse in der SBZ und DDR. In: ders./Plank, Victoria: Feigenblätter. Studien zur Presselenkung in Drittem Reich und DDR, Münster 2004, S. 119–240, insb. S. 163–178.
- 7 Seit 1959 unter dem Titel „The Guardian“ verbreitet und dem linksliberalen Spektrum zuzuordnen.
- 8 Neues Deutschland, 8.11.1946.
- 9 Gemeint ist die Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV).
- 10 Neues Deutschland, 15.11.1946.
- 11 Neues Deutschland, 21.7.1948.
- 12 Neue Zeit, 18.10.1947.
- 13 Berliner Zeitung, 6.4.1948.
- 14 Berliner Zeitung, 23.1.1948.
- 15 Berliner Zeitung, 8.10.1948.
- 16 Neues Deutschland, 30.4.1948.
- 17 Neues Deutschland, 14.1.1947.
- 18 Vgl. u. a. dazu den zeitgenössischen Bericht von Rock, Walter: Wie es zur Oder-Neiße-Linie kam. In: Die Zeit, 11.12.1947.
- 19 Neues Deutschland, 13.4.1947.
- 20 Berliner Zeitung, 9.5.1947.
- 21 Berliner Zeitung, 13.7.1947.
- 22 Berliner Zeitung, 8.5.1947.
- 23 Berliner Zeitung, 13.7.1947.
- 24 Berliner Zeitung, 19.2.1948.
- 25 Max Reimann (1898–1977), 1948–1956 KPD-Vorsitzender, danach bis 1968 1. Sekretär der illegalen KPD.
- 26 Neues Deutschland, 21.1.1949.
- 27 André François-Poncet (1887–1987), 1949–1955 Hoher Kommissar Frankreichs in der Bundesrepublik.
- 28 Marie-Pierre Kœnig (1898–1970), 1945–1949 Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen in Deutschland und Militärgouverneur der französischen Besatzungszone.
- 29 Berliner Zeitung, 16.2.1949.
- 30 Allerdings betitelte bspw. auch „Der Spiegel“ am 29.11.1947 einen Artikel zur Kohleförderung mit dieser Überschrift.
- 31 Berliner Zeitung, 27.3.1962.
- 32 Neues Deutschland, 24.10.1950.
- 33 Neues Deutschland, 22.9.1951.
- 34 Berliner Zeitung, 28.9.1951.
- 35 Berliner Zeitung, 31.1.1952.
- 36 Neue Zeit, 28.2.1952.
- 37 Ebd.
- 38 Neues Deutschland, 5.3.1952.
- 39 Neues Deutschland, 6.4.1952.
- 40 Neues Deutschland, 7.9.1952.
- 41 Gemeint war sicherlich der damalige Alpirsbacher Bürgermeister Otto Müller (1949–1967 im Amt). Pikanterweise amtierte Müller bereits im Dritten Reich von 1938 bis 1945 als Bürgermeister von Holzgerlingen.
- 42 Neues Deutschland, 11.5.1954.
- 43 Neue Zeit, 28.1.1955.
- 44 Neues Deutschland, 22.9.1956; Berliner Zeitung, 25.9.1956.
- 45 Neues Deutschland, 30.7.1957.
- 46 Gerhard Schröder (1910–1989), 1951–1969 Bundesminister in verschiedenen Ressorts, 1933/34 zwischenzeitlich Mitglied der SA.
- 47 Neues Deutschland, 27.1.1959.
- 48 Berliner Zeitung, 11.7.1956.

- 49 Neue Zeit, 31.7.1956.
- 50 Neues Deutschland, 23.3.1963.
- 51 Vgl. u. a. Preiß, Jürgen: Kehler Stahlwerke feiern 50-jähriges Bestehen. In: Offenburger Tageblatt, 1.8.2018.
- 52 Neues Deutschland, 4.12.1968.
- 53 Neue Zeit, 29.6.1950.
- 54 Neue Zeit, 1.3.1953.
- 55 Der Artikel stammte von Günther Wirth, ein hochrangiger CDU-Politiker, Kirchengeschichtler und Publizist, der mit Joseph Wirth nicht verwandt war. Neue Zeit, 6.9.1979.
- 56 Neues Deutschland, 29.8.1980.
- 57 Neues Deutschland, 17.12.1988.
- 58 Neues Deutschland, 5.4.1989.
- 59 Berliner Zeitung, 10.11.1955.
- 60 Willi Stoph (1914–1999), 1964–1973 und 1976–1989 Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1973–1976 Staatsratsvorsitzender.
- 61 Neues Deutschland, 24.5.1970.
- 62 Neues Deutschland, 4.10.1978.
- 63 Neues Deutschland, 6.1.1963.
- 64 Neues Deutschland, 12.3.1963.
- 65 Neues Deutschland, 19.3.1963.
- 66 Der Spiegel 13/1963, 27.3.1963.
- 67 Neues Deutschland, 22.10.1964.
- 68 Während das „Neue Deutschland“ auch über 1990 hinaus als „Sozialistische Tageszeitung“ in (Mehrheits-)Besitz der SED-Nachfolgerin PDS blieb, wurden ab Sommer 1990 Anteile des Berliner Verlags, der Herausgeberin der „Berliner Zeitung“, von der parteieigenen VOB-Zentrag verkauft.
- 69 Neues Deutschland, 14.9.1990.